

hilfegesetz und alle anderen antidemokratischen Maßnahmen. Denn wer zur Außenpolitik A sagt, muß zu deren innenpolitischen und sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen B sagen.

*Die Herren Wehner und Erler wußten das, als sie der Adenauer-Strauß-
säßen Politik ihr Jawort gaben.*

Nachdem Wehner und Erler die Sozialdemokratische Partei Deutschlands Adenauer gegenüber auf die Unterstützung von dessen Politik festgelegt hatten, enthielt sich die SPD-Fraktion bei der Schlußabstimmung aus - wie sie erklärten - rein formalen Gründen der Stimme. Natürlich verfolgen Wehner und Erler damit auch die Absicht, den empörten Mitgliedern und Anhängern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Sand in die Augen zu streuen. Niemand aber darf und niemand wird sich täuschen lassen. *Die SPD-Führer haben Adenauer ihre eigene Politik geopfert. Im übrigen verließ vor der Abstimmung ein Peil der sozialdemokratischen Abgeordneten die Bundestagsitzung.*

Liebe sozialdemokratische Genossen, liebe Kollegen!

Wir wollen es Euch offen sagen: Das Auftreten der SPD-Führer im Bonner Bundestag muß jeden klassenbewußten Arbeiter und jeden ehrlichen Friedensfreund mit Abscheu, aber auch mit großer Sorge erfüllen. Es ist doch wohl für jedermann klar, daß der Übergang der rechten SPD-Führer in das Lager des aggressiven Großkapitals und der revanchelüsternen Militaristen diese Kräfte in ihrem Kampf gegen Euch ermuntert und stärkt. Aber auch die dem Frieden drohenden Gefahren werden dadurch zweifellos vergrößert. Wir wollen Euch nicht verhehlen, daß das in der Vergangenheit hier und da zwar schon praktizierte, jetzt aber erstmalig zur offiziellen Politik erhobene Zusammenwirken der Führer Eurer Partei mit den westdeutschen Scharfmachern es für uns notwendig machen könnte, zu geeigneter Zeit geeignete Maßnahmen zur Verstärkung des Schutzes der friedliebenden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zu erwägen.

Um ein ähnlich erbärmliches und zugleich gefährliches Auftreten sozialdemokratischer Führer zu finden, muß man Jahrzehnte in die Vergangenheit zurückgreifen. Nur die schändliche Bewilligung der Kriegskredite für den Eroberungskrieg des kaiserlichen imperialistischen Deutschlands im Jahre 1914 und die nicht minder schändliche Zustimmung der SPD-Fraktion zur Außenpolitik des Hitlerregimes im Jahre 1933 können mit dem schwarzen 30. Juni 1960 gleichgesetzt werden. Wir sind überzeugt: Das Auftreten der sozialdemokratischen Vertreter am 30. Juni im Bonner Bundestag hat Euch sozialdemokratischen Mitgliedern, Funktionären und Anhängern die Schamröte ins